

Mainz, 19.09.2017

Antrag 1367/2017 zur Sitzung Stadtrat am 27.09.2017

Elterninitiativen besser unterstützen (CDU)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Mainzer Elterninitiativen leisten seit vielen Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten, einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Kinderbetreuung und damit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Stadt Mainz unterstützt die Elterninitiativen. Insgesamt stehen derzeit in diesen in den Bereichen Kindergarten und Krippe 343 Plätze im Stadtgebiet zur Verfügung.

Sowohl bei der Gründung als auch im Betrieb wird durch das Landesjugendamt gewährleistet, dass pädagogische Standards eingehalten, und die Kinder umfassend gefördert, begleitet und unterstützt werden. Die Eltern selbst engagieren sich in den Trägervereinen und leisten mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz in den vielen Aufgabenfeldern einen wesentlichen Beitrag dafür, dass ein reibungsloser Ablauf gewährleistet wird.

Leider fehlt seit vielen Jahren eine entsprechende finanzielle Förderung seitens des Landes, so wie sie die anderen Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen erhalten. Dies ist darin begründet, dass die Elterninitiativen nicht als Regeleinrichtungen anerkannt sind. Vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage nach Betreuungsplätzen und den hohen Standards, die die Elterninitiativen haben, ist das nicht mehr zeitgemäß und wird der Wahlfreiheit, die den Eltern zusteht, nicht gerecht.

Derzeit wird das Kindertagesstättengesetz novelliert. Hier bietet sich die einmalige Chance, gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, damit Elterninitiativen zukünftig in gleicher Weise gefördert werden wie dies bei Regeleinrichtungen der Fall ist. Das würde im Ergebnis zu einer erheblichen finanziellen Entlastung der Eltern führen.

Deshalb bittet der Stadtrat um folgendes:

1. Die Verwaltung wird gebeten, beim Land Rheinland-Pfalz eine Initiative zu starten, die dazu führt, dass in der Neufassung des Kindertagesstättengesetzes eine gesetzliche Anerkennung und finanzielle Förderung entsprechend der Regeleinrichtungen erfolgt.

2. Der dafür notwendige Verhandlungsprozess sollte möglichst in Kooperation mit den anderen rheinland-pfälzischen Städten erfolgen.
3. Zudem sollten die entsprechenden Gremien des Städtetags zeitnah für die Thematik sensibilisiert werden.
4. Die städtischen Gremien sollen regelmäßig über den aktuellen Stand informiert werden.

Begründung:

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender